

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
bei Abholung von unten eingeschrieben; bei Zustellung ins Haus durch unsere Untersager in
den Reich und auf dem Gebiete anderer Reichsteile; durch die Post 1,20 Mk. außer 45 Pf.
Reichsteil. — Bei Abnahme von unten eingeschrieben 8 mal, nur an den Bestellungen nachstehend.
— Außerdem mehrere Originalabdrücke für nur mit bestlicher Darstellungsmöglichkeit.
— Die Abgabe unverlangter Zusendungen überlassen wir ohne Verbindlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig. illust. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die eins. Zeile oder deren Raum für 14 Tage und 10
Zeilen 10 Pf. für die eins. Zeile oder deren Raum für 21 Tage und 15
20 Pf. im Restanteil 40 Pf. Bei längerem Saal entsprechend ermäßig.
Gesähr für Zeitungsabnehmer nach Vereinbarung. Bei Nachzahlung und
Besondere Berechnung nach anderen mit dem Bestellen. —
— Anzeigen für größere Geschäfts-Kreise mit 1/2 Zsp. 10 Pf.
Anzeigen für kleinere Geschäfts-Kreise mit 1/2 Zsp. 10 Pf.

Nr. 53.

Mittwoch den 4. März 1914.

40. Jahrg.

Auch eine Antwort.

Von Dr. Wendorff-Loth, M. d. R.

Le. Wie feinerzeit berichtet, hatten die fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Schulze-Gävernitz und Ziegler eine kurze Anfrage gestellt, die die Ergänzung der Veröffentlichung des Kaiserlichen Statistischen Amtes „Die deutsche Landwirtschaft“ auf einige wichtige Fragen anzugehen bestimmt war. Nämlich ist die erbetene schriftliche Antwort vom Stellvertreter des Reichstagskanzlers, Unterstaatssekretär Dr. Richter, erteilt worden — eine Antwort, die weder dem Inhalt noch der Form nach als befriedigend bezeichnet werden kann. Daß sie eine ablehnende ist, kann nach der bekannten Stellungnahme des Bundesrats nicht verwundern, der auch die früheren Vorschläge der Volkspartei, die sich in ähnlicher Richtung bewegten, abgelehnt hat und dem Beschluß des Reichstags auf reichsgesetzliches Verbot der Gründung und Vermehrung der Fideikommissse nicht beigetreten ist.

Die Ablehnung wird allgemein damit begründet, daß die Bejahung der Anfrage eine Eröffnung völlig neuer Gegenstände und die Übernahme einzelstaatlicher Statistiken auf das Reich zur Voraussetzung habe. Aber gerade diese Erweiterung der Reichsstatistik war der hauptsächlichste Gegenstand der Anfrage, und es ist nicht einzusehen, warum eine solche nicht ebenso gut wie die verbotenen Gegenstände möglich sein sollte, wie z. B. die Ausdehnung der Reichsstatistik auf die Statistik der Wohnungen u. a.

Im einzelnen war angefragt, ob nicht eine Statistik über Vorhandensein und Umfang von Fideikommissen im Reich gegeben werden könne. Es wird dies abgelehnt, weil „nicht alle Bundesstaaten die erforderlichen Unterlagen dauernd zu liefern imstande sind“ — danach scheint doch die dringend notwendige Fixierung des gegenwärtigen Zustandes durchaus möglich; diese Befragung würde zurzeit dem Zweck der Anfrage genügt haben, und man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Herr Reichstagskanzler — vielleicht aus Rücksichten, die er als preussischer Ministerpräsident auf den neuen Fideikommiss-Gesetzesentwurf und auf die Mehrheitsverhältnisse des Abgeordnetenhauses nehmen zu müssen glaubt — dieses Material nicht veröffentlichen will. Denn indessen der weitere Grund stichhaltig sein soll, ist noch weniger ersichtlich, der Grund nämlich, daß die Regelung der Rechtsverhältnisse der Fideikommissse der Landesgesetzgebung vorbehalten ist; nicht auf die Darstellung dieser Rechtsverhältnisse, sondern vor allem auf Umfang und Wachstum des gebundenen Gesetzes kommt es an.

Die zweite Frage bezog sich auf Vorlegung einer Reichsstatistik über die hypothetische Verschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes; die Ablehnung auch dieser Frage erfolgt aus vorwiegend formalen Gründen. Gewiß würde eine solche Statistik an Unvollständigkeit leiden. Das ist aber das Los jeder Statistik. Wenn weiter erklärt wird, daß „die persönlichen Schulden der Besitzer fehlen“ und nicht ersichtlich sei, ob dem Besitzer neben dem Grundbesitz noch weitere Vermögensquellen zur Verfügung stehen, so geht diese Antwort offensichtlich an der Frage vorbei. Es soll ja gerade die Verschuldung des Grund und Bodens festgestellt werden, nicht die subjektive Verschuldung, sondern die objektive Belastung des landwirtschaftlichen Ausmaßes soll — und kann! — erfaßt werden.

Aus lediglich äußeren Gesichtspunkten wird endlich auch die dritte Frage verneint, die sich bezog auf Erhebungen über die Zahl derjenigen landwirtschaftlichen Betriebe, die a) Brotfrucht über den eigenen Anbau verkaufen, b) Brotfrucht über den eigenen Verkauf zu kaufen, c) als Gleichgewichtsbetriebe bezeichnet werden können. Die Beantwortung wird abgelehnt, weil die Zahl der Betriebe über 0,5 Hektar sich auf rund 3 1/2 Millionen beläuft und die Erhebung infolgedessen große Kosten verursachen würde. Auch könnte die Erhebung nur durch Fragebogen

durchgeführt werden, zu deren Ausfüllung eine Verpflichtung nicht besteht. Als ob dasjenige nicht für ungefähre andere Erhebungen zuträfe, z. B. für die verlässlichen Statistiken über die Lage handwerklicher Betriebe, die aber erfruchtungsweise deshalb nicht unterlassen sind.

Die Ablehnung legt aber materiell auf dieser Frage: „Abgesehen davon steht die Wichtigkeit und Zuverlässigkeit des Ergebnisses einer solchen Erhebung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Schwierigkeiten und den Kosten der Durchführung.“ Das ist allerdings der Gipfel! Als ob nicht gerade diese Ergebnisse von einschneidender Bedeutung wären für die Bewertung des Interesses, das die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Art und ihrer Größe nach an der Ausgestaltung und der Höhe der Schutzzölle haben, als ob sie nicht wesentlich wären für die Gestaltung der künftigen Handelsverträge! Gerade im gegenwärtigen Augenblick könnten die Ergebnisse dieser Erhebungen eine bedeutungsvolle Antwort auf die Frage erteilen, ob mit der Erhaltung unseres Schutzzollsystems tatsächlich unsere Landwirtschaft steht oder fällt, wie der Bund der Landwirte behauptet, oder ob nicht vielmehr weiteste Kreise der Landwirtschaft keinen Vorteil in unmittelbaren Schaden von den Getreidezöllen haben, wie dies z. B. durch eine ähnliche Erhebung für Baden erwiesen ist.

Die Antwort ist ebenso bedauerlich wie bezeichnend. Die bäuerlichen und kleinbäuerlichen Landwirte, die Arbeiter und alle Konsumenten können daraus entnehmen, daß eine Erhebung nicht gemacht werden soll, von der agrarische Kreise eine Wiederholung ihrer Anschauungen befürchten mögen. Auch für diese Antwort gilt das Wort: Du brauchst dir Worre viel, um zu verlangen, der andere hört aus allem nur das Nein!

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes

beschäftigte sich am Montag das preussische Abgeordnetenhaus in erster Lesung. Der großen Bedeutung der Vorlage entspricht keineswegs das Interesse, das das hohe Haus den Verhandlungen entgegenbrachte. Die Debatte waren sehr dünn besetzt und die Anteilnahme der Herren namentlich auf der rechten Seite besonders gering. Auch schien es, als ob der Minister v. Dallwitz dem Entwurf mit seinen für die Städte in manchen Beziehungen entgegenkommenden Bestimmungen mit einer gewissen Bereitwilligkeit gegenüberstehe; seine Begründung der Vorlage war kurz und gefächelt und ging kaum über das hinaus, was man schon aus den abgedruckten Motiven wußte. Anders der Herr Finanzminister Dr. Engel. Man merkte es ihm wieder einmal an, daß er doch aus der Kommunalpolitik herkommt, und sein altes Überdauernemittel machte sich geltend, als er mit klaren und warmen Worten die Bedeutung der Städte auf dem Gebiete der Förderung kultureller, hygienischer und wirtschaftlicher Aufgaben darstellte und die Kommunen gegen die Vormürie in Schutz nahm, daß sie sich in finanzieller Beziehung vielfach übernommen hätten. Mit vollem Recht insinuierte der Minister, daß der preussische Staat nicht so weit wäre, wie er ist, wenn nicht die Städte in mannigfacher Beziehung so außerordentlich viel geleistet hätten. Und er machte auch zutreffend darauf aufmerksam, daß der Staat selbst zum Teil mit Schuld daran liege, daß die Städte in finanzieller Beziehung so bedürftig seien, indem er die in den letzten Jahren verhängten Abgaben, beispielsweise der staatlichen Erhöhung der Beamtenbeholdungen mußten die Städte tragen. Der Minister ipsemet die Städte dank, daß sie in so hohem Maße Träger sozialer Einrichtungen und Förderer der Kultur geworden seien. Und wenn er auch die Notwendigkeit der Staatsaufwickelung, so wandle er sich doch gleichzeitig gegen ein Ziel derselben und ließ erkennen, daß den Städten gern eine größere Latitude nach dieser Richtung hin gewährt werden könne. Es ist überdies wohl, vom Ministerliche, aus einem derartige Worte der Wertung für die soziale, gemeinnützige und das ganze Staatswohl fördernde Tätigkeit der Städte zu gehen. Und man wird sich an die Worte des Ministers erinnern dürfen, wenn draußen in der Provinz wieder einmal — oder auch im Saale an der Prinz Albrechtstraße selbst — in abspredender Weise über die Leistungen der Städte, insbesondere der Großstädte, gesprochen wird. Den Kontrast bilden die heute auch die Worte des Ministers sehr wenig in den Raum zu lassen. Eine ihrer Hauptaufgaben im Kampfe gegen den Liberalismus drängen im Lande ist ja angeblich solche Verwaltung der großen Städte; und da ist es ihnen natürlich unangenehm, daß der Finanzminister ihnen diese Waffe aus der Hand ge-

hoben hat. Sie nahmen die Ausführungen des Herrn Dr. Engel mit einem Schmecken auf. Was den Geleitzettel selbst betrifft, so fand er im Saale eine geteilte Aufnahme; Konserervative und Zentrum scheinen ihm nicht allzu viel Gewicht abzugeben, namentlich der erlernten Partei ist die geplante Erweiterung des kommunalen Steuerrechtes und die Abmilderung der Staatsmacht sehr wenig sympathisch; sie möchten auch bei diesem Geleize am liebsten eine Begünstigung gewisser agrarischer Interessen herausschlagen, und so stimmen sie der Idee, die in der Nähe von Städten gelegenen, landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzten Grundstücke nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach nicht als Spekulationsobjekt, sondern als Erholungsstätte oder als Proterwerb dienen, nicht gut nach dem Landwert bewertet werden dürfen. In der Kommission wird die Frage eines gerechten Ausgleichs auf diesem Gebiete jedenfalls zu sehr einbringenden Verhandlungen führen. Am liebsten nahm der Vorsitz der Volkspartei eine abwartende Haltung ein, wobei er allerdings die eifrige Mitarbeit seiner Freunde an dem Wert in Aussicht stellte. Die Bestimmungen des Gesetzes sind, namentlich in ihrer gegenseitigen Auswirkung aufeinander, so kompliziert und vorläufig noch unklar, daß eine eingehende Prüfung, die durch das Zusammenbringen des preussischen Landtages deut, der nur zu gern Veranlassung nimmt, den Städten Fallstricke zu legen, wenn es irgend angeht. Die fortschrittliche Volkspartei wird bei der Beratung des Gesetzes ihr Hauptaugenmerk darauf richten müssen, daß eine Entlastung der Kommunen und eine Verarminderung der Staatskassentitel erreicht. Denn es ist richtig, was Engel sagte: die Kommunen sind munda und der Selbstverwaltung in hohem Maße würdig.

Sachen und die Vermögenszuwachssteuer.

Der sächsische Finanzminister von Seydewitz hat dieser Tage in der Zweiten Kammer bei der Beratung des Etatsmittels „Sachens Vertretung im Bundesrat“ u. a. erklärt: Die Regierung muß den Gedanken ablehnen, daß sie aus Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten der Wehrvorlage Schwierigkeiten gemacht hätte. Die Reichsverblichtheitssteuer wurde von der Regierung nicht als ein so erhebliches Ubel angesehen; denn sie ist eine indirekte Steuer, und mit ihr hätten sich die Einzelstaaten abgefunden. Aber die Vermögenszuwachssteuer ist eine direkte Steuer, sie bedeutet einen schweren Eingriff des Reichs in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Bei den indirekten Steuern sind wir noch keineswegs an der Grenze der Möglichkeiten gelangt, es gibt noch eine Anzahl erheblicher Vermögensmittel, die eine Mehrbelastung rechtmäßig übertragen könnten. In dem Maße, in dem die Einzelstaaten an direkten Steuern verlieren, verlieren auch die einzelstaatlichen Parlamente an Einfluß und Bedeutung. Um die günstige Ausgestaltung der Handelsverträge ist die Regierung ernstlich besorgt. Sie wird Gelegenheit nehmen, vor Abschluß der Handelsverträge die Interessenten im Lande zu hören. An der bewährten Schutzpolizei wird die Regierung nach wie vor unbedingt festhalten.

Herr v. Seydewitz hat den Agrariern, wie die „Fr. Ztg.“ bemerkt, mit seinen Ausführungen über die Vermögenszuwachssteuer ein billiges Vergnügen gemacht. Aber dies Vergnügen wird doch recht erheblich dadurch getrübt, daß die Steuer, die Sachen an Stelle der Vermögenssteuer genommen hätte, die Erbschaftsteuer ist. Man weiß es ja aus der Geschichte der Steuergeleze von 1913, daß gerade die sächsische Regierung den agrarischen Wünschen am schärfsten entgegengetreten ist und die Einführung der Erbschaftsteuer in jeder Weise begünstigt hat. Welchen Zweck man die spätere Kritik an der Vermögenszuwachssteuer dienen soll, ist nicht recht einzusehen. Nach Artikel 9 der Verfassung hat jedes Bundesratsmitglied das Recht, im Reichstage die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann,

Geschäfts-Übernahme.

Hierdurch mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich am heutigen Tage die

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

des Herrn F. Hartmann, Delgude 41, käuflich übernehme.

Es wird mein Bestreben sein, durch Lieferung guter Waren eine geehrte Kundenschaft zufrieden zu stellen.

Ich bitte, das meinem Vorgänger bewiesene Wohlwollen auch auf mich zu übertragen.

Merseburg, den 1. März 1914.

Hochachtungsvoll
Otto Zinsly, Bäckermeister.
 Mitglied des Abati-Sparvereins.

Hals- und Lungenleidenden

teile ich aus Dankbarkeit durchaus unentgeltlich (nur gegen Einsendung des Briefpostens) mit, wie ich durch ein ebenso einfaches wie billiges und dabei doch so überaus erfolgreiches Verfahren von meinem langwierigen Leiden (einem starken Asthma, Husten, Auswurf, Nachtschweiß, Abmagerung usw.) befreit wurde.

Leop. Dick, Grosskönigsdorfer Str., Berlin.

Husten-Qual!

B-W Bonbons sind die besten!
 80, 50, 1.00 Dom-Apothete.

von *Tyborff-Hainfaynar*



Auswärtig jedoch Postbestellung von *Mail-Journalisten-Verlag*
 - Goldposten -
 - Versandfertig in 24 Stunden -
 - Zeitungen aufwärts

Nähmasch-Reparaturen

werden gut u. billig ausgeführt
 Oscar Watz. Entenpl. 9. Tel. 204

Aufmerksame Bedienung. Massigste Preise.

Karl Jänzer

Adolf Schäfers Nachfolger
 Merseburg, Entenplan 7.

Spezial-Geschäft für

Leinen- und Baumwollwaren

Bettwäsche Bettfedern Betten

Fernspr. 259. Grosse Auswahl.

Solide Qualitäten

Geschäfts-Eröffnung!

Mit dem heutigen Tage eröffne ich in meinem Grundstück **Lenauer Straße 30** eine

Rind- und Schweine-Schlächtere.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine werthe Kundenschaft mit nur bester Ware bei billiger Preisstellung zu bedienen.

Um gütige Beachtung meines Unternehmens bittend, zeichne

Hochachtungsvoll
Robert Sternberg.

Selbstgefertigte Möbel

in großer Auswahl billigst
P. Berk, Tischlermeister.
 Breite Str. 3. - Breite Str. 3.

Richard Wagners Werke frei!

Tausende haben diesen Zeitpunkt schlichter erwartet, denn nun wird es Jedem ermöglicht, die Werke des größten Meisters, die bisher nur für schweres Geld zu haben waren, zu erwerben. Wir bieten unseren Lesern

Richard Wagners sämtliche Opern und Musik-Dramen

zu unserem billigen Prämienpreis

pro Sammlung an, enthaltend die sämtlichen Werke: Rienzi - Fliegender Holländer - Tannhäuser - Lohengrin - Tristan und Isolde - Meistersinger - Rheingold - Walküre - Siegfried - Götterdämmerung - Parsival in gekürztem, leicht gefasstem Klavierauszug mit unterlegtem Text nebst Angabe der Motive und Inhaltsangabe, deren jede auch einzeln käuflich ist.

Verlag des Merseburger Correspondenten.

Versand nach auswärts gegen Voreinsendung des Betrages, zuzüglich 60 Pf. Porto für 2 Bücher. (Nachnahme 35 Pf. extra.)

Miets-Quittungs-Bücher

für mehrere Jahre ausreichend, möglichst billig!
 Buchdruckerei E. Köhner, Merseburg, Magdeburger Str.

Sitter Halle

Flügel- und Pianofabrik

Flügel Pianos

auch auf bequeme Teilzahlungen
 Leipzig, Straße 78

Kaffee-Breierei,

hoch und hoch, wird jederzeit lauber angefertigt
 Herrn. Baar sen., Markt 3.

Wärmol!

das viel geforderte Wärmemittel. Schmeckt fein! Wirkt ausgezeichnet! à Beutel 30 Pfg. Bei: Reinhold Rietze, Kaiser-Drogerie.

Reichstrone. Merseburg.

Nur einmaliges Gastspiel des

Zegernseer Bauern-Theaters

Freitag den 6. März, abends 8 1/2 Uhr
 Novität! Schlager!

„sündige Liab“

Charakter-Volksstück in 3 Akten von dem bestbekannten österreichischen Volksdichter Rud. Greina. Sitzer - Virtuosen.

NB. Die Zegernseer spielen ohne Souffleur.

Vorverkauf zu ermäßigten Preisen in den Zigarrengeschäften der Herren **Frabner** und **Fuchs**, Kleine Ritterstraße.

Die Mitgliederbücher

werden in der Zeit vom 2.-11. März d. J. ausgeben. Gleichzeitig erfolgt die Auszahlung der auf 6 Prozent festgelegten Dividende für vollabgelohnte Anteile und Auszahlung der Guthaben ausgetretener Genossen. Für nicht vollbezogene Anteile sind in derselben Zeit die Beträge zu entrichten.

Merseburg, den 27. Februar 1914.

Vorschuß-Berein zu Merseburg

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 E. Hartung, A. Müller, F. Heyne.

Fahrräder



sämtliche Fahrradteile und Reparaturen vortheilhaft bei

Richard Gärtner, Unter-Altenburg 4

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Schutzmarke Schwan)

eignet sich nicht nur zum Waschen, sondern wird auch vorteilhaft verwendet beim Putzen, Scheuern und Abseifen. Es ist daher im Haushalt

unentbehrlich

Schulranzen,

- beste Gattlerarbeit. -

Tafeln Federkasten Brotdosen

- in reichster Auswahl. -

Wilhelm Köhler

: Gosthardstr. 56. :

Leder-Handlung

Gebrüder Becker.

hegr. 1861. **Breite Strasse 4.** Tel. 423.

Schleleder- und Oberleder-Ausschnitt.
 Schäftelager.
 Schuhmacher-Bedarfs-Artikel.

Hochstämmige und niedrige Rosen

in den besten Sorten, sowie hochstämmige und niedrige Stachel- und Johannisbeeren empfiehlt

W. Wittenbecher, Neumarktsfor 1.

Gardinen-Spannen, Wänden und Glanzplatten

übernimmt
E. Weber, Dore Breite Str. 28, Glaserei Eing.

Steuern zwei Beilagen.



zu überleben, bestehend in einem Silberkranz mit komplettem massiv fibrenen Gebiß für 12 Personen. Wäre es Herr Katherer vergnügt sein, noch lange Jahre seines Amtes walten zu können. — Am Sonntag nachmittag fand im Hotel zur Sonne eine Zusammenkunft ehemaliger Jäger und Schützen statt, wozu sich ca. 20 Herren eingefunden hatten. Es wurde beschlossen, eine Disziplin für Auerlust und Umgegend zu gründen und dem Hauptverein ehemaliger Jäger und Schützen beizutreten. Zur weiteren Beratung soll in nächster Zeit eine zweite Versammlung stattfinden. Zuschriften und Anmelbungen nimmt Herr Kaufmann Curt Jäger hier, Seeringweg, entgegen.

3. Hofball. Die Gemeindevertretungen der Orte Hofball, Anstett und Wastendorf traten vor kurzem zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. In derselben wurde einmütig der Beschluß gefaßt, daß für unsere Orte eine Fortbildungsschule zu gründen. Sie soll im kommenden Herbst ins Leben treten. Wie wir hören, wird auch in Neumarkt-Gefelddörf zu demselben Zeitpunkt eine Fortbildungsschule eröffnet werden.

3. Frechzug. 3. März. Das 14. Jahrb. Wettrennen wird hier am Sonntag, den 10. März, abgehalten. — Herr Lang ist heute 25 Jahre geblieben, davon 23 Jahre in der Büro. Seine Tätigkeit war recht gelegen; so dae ihm aus weiter ein reiches Fruchte tragendes Wirken beschieden sein.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

3. März 1814.
Kämpfe vor Trojes. — Moreau überfällt Coiffons. — Napoleon rückt vor.

In diesem Tage erfolgten mehrere Angriffe von Teilen der Saupatruie unter dem Befehl Wiedes und des Kronprinzen von Württemberg auf Trojes. Dessen Nachdruck ließ später Wiedes und die Angriffe zurücklassen, konnte er sich am Abend doch nicht beruhigen, daß die Fortsetzung des Kampfes gegen die dreifache Übermacht seinen Untergang herbeiführen müsse; er zog deshalb in der Nacht auf Rogert ab. — Wüdingen und Bülow waren nacheinander in Wüdingen nahe gekommen. Auf ihrem Wege lag die Stellung Coiffons, die Wüdingen und Bülow besetzen wollten. Nach einer heftigen Kämpfe ließ sich der Kommandant, General Moreau in Unterhandlung ein, die an diesem Tage zur Übergabe der Festung gegen freien Abzug der Besatzung führte. — Napoleon brante darauf, gegen Wüdingen vorzugehen. Am Morgen dieses Tages war die Brücke bei La Ferté aus Sonare soweit fertig geworden, daß die Kavallerie die Arme überfahren konnte. In Elmärchen ging es vorwärts unter Napoleons persönlicher Führung, aber immer noch zu langsam für Napoleons Ungeduld.

4. März 1814.
Wüdingen in Coiffons. — Napoleon bekommt Fühlung mit Wüdingen. — Napoleon den Zustand des Landvolkes unterzählen.

Vor Coiffons wurde an diesem Tage Wüdingen von Bülow und Wüdingen empfangen; die Begrüßung war die herzlichste. Gewaltig stachen die Truppen der beiden letzteren Führer von denen Wüdingens ab. Die aus einem wenig aufmerksamen Besuche in den Niederlanden kommenden Wüdingens waren meist in guten Quartieren gewesen und hatten sich die Gabeln des Unglücks und der Ausrichtung bemerkt. Wüdingens Leute aber waren vom Rauche der Lagerfeuer geschwärzt, mit langen verwilderten Bärten, ausgehungert, barfuß oder mit dem mangelhaftesten Schuhzeug versehen, in zerissenen und vielfach geflickten Uniformen, die Waffen verrostet, die Pferde abgemagert und ungepflegt; so trug die Armee sichtbar die Spuren harter, entbehrungsreicher Zeiten und schwerer, verlustreicher Kämpfe an sich. Aber in der schlechtesten Hülle dieser Truppe steckte ein vortrefflicher kriegerischer Geist. — An diesem Tage bekam Napoleon Fühlung mit der Schießlinie Armees; seine Kavallerie hatte bei Racine einen kleinen Erfolg gegen das Korps Galt. Besonders angenehm fiel es sich Napoleon sein, den Widerstand zu empfangen. Strenge Bestrafung wurde allen Märsen angedroht, falls sie den Zustand der Bevölkerung nicht mit allen Mitteln unterstüßten. Diese Erlasse des Kaisers hatten großen Erfolg; das Landvolk überließ die kleinen Truppen und die Nachschiffe der Verbündeten und nahm deren meist nur schwach gedeckte Lebensmittelkolonnen weg.

Wetterwarte.
W. B. am 4. März: ziemlich heiter, trocken, Nachtfrost und Frost. 5. März: Wechselnd bei Nöste, zeitweise heiter, mild, im Norden etwas Regen. Sonst vorwiegend trocken.

Theater und Musik.

b. Stadttheater in Halle a. S. Nach den drei Festvorstellungen des „Barisal“ von R. Wagner, beendeten in den Hauptrollen berühmte auswärtige Künstler mitwirken, fand am Sonntag die zweite Aufführung in fast ausschließlich weiblicher Besetzung durch ein weibliches Pöböl statt. Es kann mit großer Befriedigung ausgesprochen werden, daß diese ihrer Aufgabe mit vollem Gelingen gerecht wurden. Vor allem gilt dies von Susanne Stolz, welche die „Auld v“ übernommen hatte. Wenn man bedenkt, welche kolossalen Kräfte diese ungeschickliche wie dante Verliererin in die Rolle des Auld v, deren Vertreterin die verschiedenartigen Charaktere, oft noch ganz entgegengelegte Natur, mit inander zu verbinden hat, so war die so glückliche Durchföhrung eine Glanzleistung ersten Ranges zu nennen. Ob Fräulein Stolz in der realistischen Ausgestaltung noch hätte weitergehen können und sollen, ist lediglich eine Frage der Auffassung, deren Entscheidung an dem ästhetischen Eindruck nicht abhängt. Der „Barisal“ von Otto Nicolai ist zwar von erarrestiver Charakteristik; namentlich im 3. Akte verstand der Künstler das Weiden des fischen Gralskönigs, dessen leidenschaftliche Ausbröche wilden Schmerz, außerordentlich vortrefflich zum Ausdruck zu bringen. Die Rolle der „Eturo“ war bei Theo Wagner, der auch ein die Worte mit feinstem Geschmacke schwebel führte, in besten Händen; ebenso wurde der „Kinglor“ von Carl van Horck in durchaus trefflicher Weise gegeben. Ganz besonderes Lob verdient aber von den einheimischen Künstlern Sommerfänger Frau Schwarz als „Gurmann“. Vermöge seiner prächtigen Stimmlaute und feiner darstellerischen Gabeart schuf er aus dem ohnehin dürftigen Charakter eine Gestalt voll höchst sympathischer Gemütswärme. Als einjoch

Cost war für die Kretzelle Kammerfänger Walter Ritzhof für den Hof. Sojager zu Berlin gemann. Sein „Barisal“ war, wie sich von den Festvorstellungen, er vor voraussehen ließ, geradezu vollendet. Wie lebenswahr wirkte er im „reinen Dorn“, der sich zum heiligen Helben entwickelt, zu gestalten; und mit welcher Grhabenheit er sich im Schlusakte als König des Grals! — Von den chorischen Leistungen zeichnen sich am vortrefflichsten die Chöre der mittleren und höchsten Höhe aus. Die letzteren (vom Stabföhrer angeköhrt) klangen wie reifste Sphärenmusik. Ganz entzöndend für Auge und Ohr gelang die Scene der Blumenmädchen im zweiten Akt. Das prächtige Orchester unter Kapellmeister Wetzler's Führung, der in genialer Weise den gesamten komplizierten und instrumentalen Apparat beherrschte, spielte sabels und bot Klangschönheiten von herausragender Wirkung. Alles in allem war die Aufföhrung des „Barisal“, bei deren Besprechung die wunderdönig fensche Ausstattung nicht vergessen werden soll, eine dem erhabenen Kunstwerte Wagners würdige. Sie löste auf die Besucher des Theaters, welches vollständig ausverkauft war, eine tief erregende, wohlthuende Wirkung aus.

Stadttheater in Halle. Morgen Mittwoch Gastspiel der Königl. Hofopertheaterin Willy Hofmann-Baag von der Berliner Hofoper, als Elsa in „Lohengrin“. Donnerstag zum 16. Male „Wie ein in Mai“. Freitag zum 1. Male „Dorothea's Rettung“. Heute Vorstellung im Novitäten-Theater. Sonnabend Abends nachmittags Willy Saigens-Baag, unbestimmt. Sonntag nachmittags Fremdenvorstellung der „neuesten Reise in die Welt um die Erde“. Abends neu einstudiert „Die Welt um die Erde“.

Gerichtsverhandlungen.

1. Schöffengericht Merseburg. Die Arbeiter Paul B. und Franz M., beide aus Merseburg, wurden mit je 10 Mark oder 2 Tagen Gefängnis bestraft, weil sie im Dezember 1913 Kornweiden im Werte von 92 Pfennig aus dem Joch gelassen hatten. Sie müssen außerdem den Betrag ersetzen, auch wurde auf Einziehung des besetzten Weizens erkannt. — Freigepfunden wurde der Metzgermeister Guido E. von hier, der polizeilich bestraft war, weil er mit seinem Automobil bei Dunkelheit gefahren war, ohne das hintere Erleuchtungszeichen beleuchtet zu haben. — Wegen Landstreifens erhielt der aus der Untersuchungshaft vorgeseßte Arbeiter Bruno S. aus Zutteracker eine Haftstrafe von 4 Wochen. — Freigepfunden wurde der Geschäftsföhrer Hermann B. von hier mit seinem Antrage auf gerichtliche Entscheidung gegen eine polizeiliche Strafverfügung, die er erhalten hatte, weil er während der Vorstellungen in seinem Theater die Gänge nicht frei gehalten hatte. — Der Hausbesitzer Richard S. aus Gochwitz war im Oktober 1913 bei einem Konflikt hier in Stellung und entwendete dem Lehrling daselbst eine Uhr im Werte von 12 Mark, weshalb er mit einem Verweise bestraft wurde. — Der Schneider Karl K., früher hier jetzt in Bernburg, arbeitete bei dem Schneidermeister Naumann hier und unterschlug demselben einen Anzug im Werte von 40 Mark, seine Strafe wurde auf 60 Mark im 12 Tage Gefängnis festgesetzt. — Freigepfunden wurde der Viehhändler Ernst Sch. aus Mühlbergchen, der polizeilich bestraft war, weil er in einem als Verkaufsbereich bestimmten Dorfe ohne Erlaubnis Kauendich verkauft haben sollte.

1. Das Urteil gegen die Braunschweiger Bankdrucken. Die Strafkammer in Braunschweig verurteilte am Sonnabend den Bankbeamten Aurbach zu fünf Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, den Fabrikanten Alexander Weber zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Sie hatten, wie berichtet, beim Bankbrosche Gebr. Röbbeck & Co. Depotunterstellungen in Höhe von 600000 Mark begangen und bares Geld im Betrage von 38000 Mark gestohlen. Weber hatte Aurbach zu dem Verbrechen verführt.

1. Ein Beleidigungsprozess gegen Geheimrat Göb. Das Leipziger Schöffengericht verurteilte am Sonnabend den Geheimen Rat Dr. Ferdinand Göb, den Vorsitzenden der deutschen Turnerschaft, wegen Beleidigung des Studienrats Professor Hartmann in Leipzig zu sechsrig Wache und Geldstrafe und Ertragung der Kosten. Professor Hartmann hatte sich in den von ihm herausgegebenen „Märsigkeitsblätter“ gegen das angeblich übermäßige Treiben der Turner auf dem 12. Deutschen Turnfest geäußert und außerdem behauptet, diese hätten massenhaft verächtliche Häuser aufgesucht. Dr. Göb hatte diese Tatsachen in der deutschen Turnzeitung scharf zurückgewiesen und ist dabei nach Ansicht des Gerichtshofes beleidigend geworden.

Luftschiffahrt.

1. Buenos Aires, 2. März. Der argentinische Flieger Newberg, der bereits mehrere Rekordflüge ausgeführt hat, ist gestern in den Cordilleren bei einem Fluge tödlich verunglückt. Sein Flugzeug wurde schwer verlegt.

1. Paris, 2. März. Die beiden auf dem Flugfeld von von Ambertzen verunglückten Flieger kamen aus England und heißen mit ihrem richtigen Namen Gabriel und Peter Bromblest. Das von ihnen erfundene Flugzeug, mit dem sie den Flugversuch unternommen hatten, war ein gepanzerter Eindecker.

1. Paris, 2. März. Von aus Tunis gemeldet wird, werden die Flieger des dortigen Militärfliegerregiments demnächst einen gemeinsamen Flug über Algier, Oran, Adschada und J'es nach Casablanca unternehmen.

Vermischtes.

Die Beleidigungen des französischen Panzerkreuzers „Walder-Roussier“ haben sich, wie aus Toulon gemeldet wird, als unbedeutend herausgestellt. Das Schiff dürfte bereits Mittwoch an den Schiffsöhrungen des Mittelmeerflottenwaders teilnehmen.

Keine Nase ohne Dornen. Er, nachdem das Mindestalter für die Auszeichnung mit dem akademischen Palmen am 27. Jahre festgesetzt ist: „Nun, da du dich um die Palmen bedorren hast, kannst du nicht mehr zurüch.“ „Ach ja, und jeder Mensch wird dann wissen, daß ich älter als 27 bin.“

Neueste Nachrichten.

Nachtragset.

London, 3. März. Im Unterhaus brachte Marineminister Churchill einen Nachtragset für die Flotte in Höhe von 50 Millionen Mark ein.

Gegen den amerikanischen Tabaktrauf.

Bremen, 3. März. Zu der Serie fand gestern abend eine große, von vielen Tausenden besuchte Massenversammlung statt, die sich zu einer imponenten Kundgebung gegen den amerikanischen Tabaktrauf gestaltete. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Demonstration aus allen Bevölkerungsteilen Bremens die bebrochte trübselige deutsche Tabakindustrie in ihrem schweren Kampfe iustitriätig unterstützen werden.

Gegen Amerikas Überwachtung der Einwanderer.

New York, 3. März. Deutschland soll, wie nach der „Frank. Pa.“ berichtet wird, gegen die Bestimmung in der Einwanderungsordnung protestieren, laut der amerikanische Zupfektoren auf den ausländischen Schiffen die Einwanderung überwachen sollen.

Die Berliner Viedertafel in Alexandria.

Berlin, 3. März. Die Berliner Viedertafel ist gestern nach glücklicher Mittelmeerfahrt in Alexandria eingetroffen.

Brandstiftung holländischer Soldaten.

Amsterdam, 3. März. Der Kriegsminister stellte laut „Deutscher Tagesztg.“ fest, daß mehrfach Brandstiftungen anarchoföhrlicher Soldaten in Kasernen vorgenommen seien, namentlich in Harlem und in Gde.

Getreide- und Produktenverkehr.

Berlin, 2. März.
Weizen Lok. inl. 190,00—194,00 Mk.
Roggen Lok. inl. 164,50 Mk.
Hafer Lok. 167,00—182,00 Mk., do. mittel 163,00 bis 166,00 Mk.
Weizenmehl Nr. 00 brutto 92,00—97,25 Mk.
Roggenmehl Nr. 00 18,90—21,30 Mk.
Gerste inl. leicht 142,00—148,00 Mk., do. schwer frei Wagen und ab Bahn 147,00—156,00 Mk., do. zünftliche frei Wagen leichte 138,00—138,00 Mk.
Roggenkleie netto ab Mühle exkl. Sacd 10,00 bis 10,50 Mk.
Weizenkleie grob netto exkl. Sacd ab Mühle 10,85 bis 11,35 Mk., do. fein netto exkl. Sacd ab Mühle 10,85 bis 11,35 Mk.

Biehmarkt.

Leipzig, 2. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 717, auf und amar 208 Ochsen, 224 Bullen, 25 Kälber, 244 Kühe, 7 Fresser, 873 Kälber, 694 Schafe, 2677 Schweine, zusammen 4460 Tiere (Preis für 60 kg in Markt). Schlachtgewicht: Ochsen, Qual. I—, 89, III 88, IV—, V—; Bullen, Qual. I—, II 86; III 83, IV 81, V—; Kälber und Kühe, Qual. I—, II—, III 82, IV 76, V 69; Fresser (eering gemästertes Jungvieh) 82 Schweine, Qual. I 63, II 62, I 60, V 53, 57; Lebendgewicht: Kälber, Qual. I 98, II 97, III 94, IV 69, V—; Schafe, Qual. I, 60, II 47, III 44, IV—, V—. Geschäftsgana: Kälber, Schafe und Schweine langsam, Kälber mittelmäßig.

Reklameteil.



Das beste Familiengetränk
ist Kathreiners Malzkaffee. Er ist
gesund und kräftig,
sehr wohlgeschmeckend und billig.
Der Gehalt macht's!

Preussisch-Süddeutsche Lotterie.
Erneuerung der Lose zur 3. Klasse
bis 9 März zu erfolgen.
Gutge.

Lyzeum.

a) Die Aufnahme derjenigen zu Eltern d. S. schulpflichtig werdenden Kinder, welche das hiesige Lyzeum besuchen sollen, findet im Lehrerzimmer des Lyzeums, Schulstraße 1, am **Mittwoch den 4. März, nachmittags 4 bis 6 Uhr** statt. Kaufbescheinigung u. Impfzeugnis sind vorzulegen.
b) Diejenigen Mädchen, welche Eltern d. S. aus anderen Schulen in das hiesige Lyzeum übergeben sollen, werden am **Mittwoch den 15. April, vormittags 10 Uhr** im Lehrerzimmer geprüft und aufgenommen. Das letzte Schulzeugnis, wie Kaufbescheinigung und Impfzeugnis sind vorzulegen, und Schreibmaterial ist mitzubringen.
c) Das neue Schuljahr beginnt: **Donnerstag den 16. April, morgens 8 Uhr.**
d) Die Rentlinge sind am genannten Tage um 10 Uhr der sechsten Klasse zuzuführen.
Merseburg, den 20. Febr. 1914.
Der Direktor.

Hypotheken-Kapital
haben wir für Privatleute auf 1. Hypothek 1. und 2. Stelle unterzubringen.
Halle 6, an Friedmann & Co., Poststr. 2.

Mt. 15000
sind zur 1. Stelle auf nur gute Hypothek auszuliehen. Näheres bei **H. Wegand, Wäckerstr. 8**
Eine ältere hochtragende
Ruh
und ein junger ostfriesischer
Zuchtbulle
stehen zum Verkauf bei **Gracholl, Neumarkt (Reg.-Bez. Halle a. S.)**
Achtung! Achtung!

Polizeihund!
Bei vorkommenden Einbrüchen, Diebstählen u. dgl. steht mein deutscher Schäferhund, welcher bereits mit vielen Erfolgen gearbeitet hat, jedermann zur Verfügung. Honorar nach Vereinbarung. Bei Vorkommen bitte um Telefonanruf
Weihenfels Nr. 570.
Willy Edel, Weissensfels a. S.
Moderne Transmissions- sportfähige Bremsklappen usw. in 3. Steinbach, Mühlhausen 178 i. Zg.

Phonola,
fast neu, mit 40 Notenrollen im Wert von ca. 400 Mk., ist für den außerordentlich billigen Preis von **Mt. 600** zu verkaufen.
1 Premier-Klavierspielapparat, mit 20 Notenrollen im Wert von ca. 200 Mk., für **450 Mt.**
H. Döll, Gr. Ulrichstr. 88/84.
Kampelkissen m. Jalousiedecke.

Metal-u. Kautschukstempel
für Behörden und Privates
Patschaffe, Siegelmarken etc.
Hofort
Heinr. Hessler, 7
MERSEBURG, Kirchstr. 7
Emaillierschilder in allen Größen

Bekanntmachung.
Das diesjährige Musterungs-geschäft für die hiesige Stadt wird nach einer Bekanntmachung des königlichen Landratsamtes vom 11. Februar d. J. wie folgt vorgenommen und haben sich hierbei vorzustellen:
Montag den 9. März d. J., früh 8 Uhr in Merseburg im **Züringer Hofe** Militärpflichtige aus der Stadt Merseburg mit den Anfangsbuchstaben **A-G**;
Dienstag den 10. März d. J., früh 8 Uhr in Merseburg im **Züringer Hofe** Militärpflichtige aus der Stadt Merseburg mit den Anfangsbuchstaben **H-M**;
Mittwoch den 11. März d. J., früh 8 Uhr in Merseburg im **Züringer Hofe** Militärpflichtige aus der Stadt Merseburg mit den Anfangsbuchstaben **N-S**;
Donnerstag den 12. März d. J., früh 8 Uhr in Merseburg im **Züringer Hofe** Militärpflichtige aus der Stadt Merseburg mit den Anfangsbuchstaben **T-Z**.
Die Militärpflichtigen hiesiger Stadt, welche noch keine definitive Einbürgerung erhalten haben, die sie vom Dienst in Friedenszeiten befreit, fordern wir hierdurch auf, zu der angegebenen Zeit und an dem angegebenen Orte mit reinewaschbarem Körper und reinem Hemd pünktlich zu erscheinen.
Den Militärpflichtigen werden noch besondere Stellungs-befehle ausgegeben, es bleiben jedoch auch diejenigen, welche einen solchen nicht erhalten, verpflichtet, sich pünktlich zu stellen.
Genei unentgeltlich ausleihende Militärpflichtige können die gesetzlichen Strafenentimmungen unmissverständlich zur Anwendung. Ermächtige ausstehende Anträge auf Zurückstellung sind sofort an uns einzureichen.
Die Reklamanten haben mit sämtlichen Angehörigen, bei denen es auf die Beurteilung der Gewerbsfähigkeit ankommt, am **16. März d. J.** nochmals vor der Gesamtkommission zu erscheinen, um über die angebrachte Reklamation zu verhandeln. Das Nicht-erscheinen der Beteiligten ist ein Grund zur Verneinung der Reklamation.
Merseburg, den 16. Februar 1914.
Der Magistrat.

Städtische Sparkasse Merseburg.
Der unterzeichnete Vorsitzende ist in Hypotheken-Angelegenheiten
Sonnabends vormittag von 11 bis 1 Uhr im Sitzungszimmer der Sparkasse - Burgstraße Nr. 1 - zu sprechen.
Merseburg, den 25. Februar 1914.
Der Vorstand **Thiele, Vorsitzender.**

Gaart-Früh-Kartoffeln
Doble Frühblau, Kaisertronen, frühe Frühbauer, frühe Rosen, Sult-Rieren
verkauft von **Mittwoch** früh ab
Ferhygang.

Pferde zum Schlachten
kaufe jederzeit
und solche höchste Preise. Nicht-transportfähige holt mit Viehwagen ab.
Wilhelm Naundorf, Merseburg, Rohrlüchtereil
Telephon 496.

Es ist da!
Das beliebte, von Hunderttausenden immer körnlich beehrte Favorit-Moden-Album (nur 60 Pf.). Es enthält ebenso wie das Neuveränd.-Moden-Album (60 Pf.) die schönsten Modelle.
Marie Müller Nachf., Al. Ritterstr. 11.

Albrechts Naturheil-Anstalt
staatl. konzession.
Halle a. S., Friedenstr. 28
Tel. 451.
Individuelle Behandlung bei allen Krankheiten, auch veralteten Leiden Langjährige Erfahrung - Gute Erfolge.

Alle Magen- u. Darmleidende, Zuckerfranke, Blutarme usw. essen von zu gelunden, das rechte **Simonsbrot,**
verlesen mit Streichband und schwarz-weiß-roter Schutzmarke. Stets echt und frisch zu haben bei **Fritz Schanze, Kleine Ritterstraße 8**

Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife für saure, weiche Haut und bindenden (schönen) Teint, Stück 50 Pf. Ferner macht „Dada-Cream“ rote und grüne Haut weiß und sammetweich. Tube 50 Pf. bei **W. Fahrmann, Wilh. Kieselich, Fritz Leberl, Franz Wirth, R. Rietze, Fr. Herrfärth, Rich. Kopper, Kath. Weihen Witwe; in Mäheln: in den Apotheken.**

Berein für Schweineversicherung zu Merseburg.
Donnerstag den 5. März, abends 8 1/2 Uhr außerordentliche **General-Versammlung** im Restaurant „Zur guten Quelle“. Der königl. Kreisarzt Herr Stebeder wird über verschiedene Schweine-Krankheiten einen Vortrag halten - Neb er die sämtl. Mitglieder, an diesem Vortrag teilzunehmen.
Der Vorstand.

Simon's Brot.
Nicht Donnerstag den 5. März fordern **erst Donnerstag d. 12. März.**

Merseburger Ruder-Gesellschaft.
E. S.
Dienstag den 3. März 1914 abends 8 1/2 Uhr
Monats-Versammlung
im Bootshaus.
Der Vorstand.

Cinophon-Theater
Gr. Ritterstr. 1.
Programm von **Mittwoch bis Freitag.**
Pathe Journal. Aktuell
Er spart fünf Dollar. Komödie.
Wintersturm in St. Moritz. Natur.
Hoch im letzten Augenblick Spann.
Drama.
Was Keanen träumte Humor.
Der Totenkophsuar.
Karnevalstragödie in 3 Akten.

Strandhölzchen
Jeden Mittwoch **Plinzen.**
Breussischer Adler
Mittwoch **Schlachtfest.**
Zum alten Dessauer
Donnerstag **Schlachtfest.**
Dieters Restauration
Jed. Mittwoh und Freitag **Schlachtfest.**
Donnerstag **hausl. Wurf C. Land**
Donnerstag **hausl. Schlacht. Durch**
Friederike Vogel, Rohmarkt 17
Erkläfing. Violin Unterricht
wird gründlich u. schnell fördernd außer dem Hause erteilt. Schriftliche Anmeldung: **S. Schiborr, Halle a. S., Bernhardtstr. 9. II.**

Robesthülle
werden sauber u. dauerhaft eingeklebt. **Gothardstr. 30.**
Fleischhackmaschinen
werden repariert, Messer und Scheiben dazu geschliffen.
Carl Baum, Schuhwarenhandlung.
Schreibarbeiten
nimmt gern entgegen. Offerten unter **A A. d. Exp. d. Bl. erb.**
Ein Bäckergefelle sucht Stellung.
D. u. o. o an die Exped. d. Bl.
Ein anständiges Mädchen welches schon adient hat, sucht Stellung in besserem Hause zum 1. 4. Dst. u. Dienst an die Exp. d. Bl.

An freiblebenden Mann
wird Engros-Verlandstelle vergeben. Kapital nicht erforderlich; monatlich bis 400 Mk. Einkommen. Offerten unter **A 2200** befördert die Annoncen-Exped. **Daube & Co., 61a.**

Züchtige Häuer und Schlepper
für Braunkohle- und Zagebaugesucht. Neue Wohnungen und Kaserne vorhanden. Umzugslohn werden veräußert zu melden bei **Paul Baum, Braunsdorf, Oberlausitz**
Zuverlässigen Geschirrführer sucht **Hertel, Saalfraße.**

Ein Bäckergefelle sucht Stellung.
D. u. o. o an die Exped. d. Bl.
Ein anständiges Mädchen welches schon adient hat, sucht Stellung in besserem Hause zum 1. 4. Dst. u. Dienst an die Exp. d. Bl.

Schluss der Anzeigen-Nachnahme
für den „Correspondent“ **9 Uhr vormittags.**
Im Interesse der Auftraggeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlussfrist.
Größere Anzeigen wollen man am Tage vorher aufgeben.
Gleichzeitig teilen wir mit, daß die Expedition von abds. 1/8 Uhr ab geschlossen ist. Expedition des Verleg. Correspondent.

Jung. Hausdiener
für sofort gesucht.
Otto Dobkowitz,
Entenplan 8.

Jüngerer Austräger
wegen Erkrankung des jetzigen zur Ausbilde gesucht.
Verhandlung Bauh.

Schreiberlehrling
teilt auch Fräul. bis zu 16 J.) mit durchaus auf Schulbildung und geläut. Handschrift nachmittags von 1 bis 4 und nach 6 Uhr.
Ansuch, Gerichtssozialbeher, Gottbardestr. 5.

Einen Bäckerlehrling
steht Eltern ein **Paul Wügerer, Bäckermeister.**

Älteres Arbeitsmädchen
(auch unabhängige Frau) sucht für dauernde Beschäftigung **Reitschensfabrik Halleische Straße.**

Tücht. Mädchen für die Küche gesucht **Weihe Mauer 16**

Zuberl. älteres Mädchen bei hohem Lohn zum 1. April gesucht. **Karlstraße 13, part.**

Tücht. laub. Dienstmädchen zum 1. April bei hohem Lohn nach **Weihenfels a. S. in Privat-haus** gesucht.
Frau Minna Rothe, Weihenfels a. S., Weinbergstr. 4. I

Dienstmädchen, welches schon in besserem Haushalt gewesen ist, für kinderloses Ehepaar gesucht. Lohn bis 20,- bei sehr guter Behandlung.
Georg Grabb, Weihenfels.

Jg. ordentl. Dienstmädchen zum 1. April gesucht
M. Zehender, Karlstr. 19, part.

Aufwartung über Mittag gesucht.
Lanchkeller Straße 21, 1. Et.

Eine Aufwartung für einige Vormittage gesucht
Meinshauer Straße 15

Saubere Aufwartung für vormittags gesucht. Zu erst. in der Exped. d. Bl.

Portemonnaie mit Inhalt auf dem Brühl verloren. Gegen Belohnung abzugeben **Früh 4. I.**

Am Sonntag von der Linde bis nach Niederbenna ein **Damen-täschchen** mit 10 Mk. Inhalt verloren. Gegen gute Belohnung abzugeben in **Bahnhofrestaurant Niederbenna.**

Schluss der Anzeigen-Nachnahme
für den „Correspondent“ **9 Uhr vormittags.**
Im Interesse der Auftraggeber bitten wir um gefl. Beachtung dieser Schlussfrist.
Größere Anzeigen wollen man am Tage vorher aufgeben.
Gleichzeitig teilen wir mit, daß die Expedition von abds. 1/8 Uhr ab geschlossen ist. Expedition des Verleg. Correspondent.

Zweite Beilage.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 2. März.) Die oft vom Reichstag verlangte Beamten-Beholdungsnovelle stand heute auf der Tagesordnung. Sie bringt für eine Anzahl der unteren Beamtenkategorien die erstellten Aufhebungen, und um nicht im Verlaufe des Reichstages einen Wettlauf unter den Parteien herorzurufen, wurde sie nach einer Vereinbarung des Gentorenentens auf Antrag des Vorsitzenden der Budgetkommission dieser übergeben. Auch die beiden colonialen Nachtragsätze wurden debattiert. Der Budgetkommission übergeben. Dann kam der Reichstag zur zweiten Lesung des Reichstages. Die Beamten-Beholdungsfragen, die sonst alljährlich beim Postetat einen größeren Raum einnahmen, waren durch die Beholdungsnovelle im wesentlichen aus der Erörterung ausgeschlossen, und infolgedessen beschränkten sich die meisten Redner auf die verkehrswirtschaftlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte. Der Sozialdemokrat Ebert sprach am 2. März über die Beamtenfrage. Er ist der Meinung, daß die Beamtenfrage die wichtigste sei und zu wenig für sich überhört sei. Der Reichstagspräsident hat in den letzten Jahren langsame Fortschritte gemacht, das Weltporto müsse erniedrigt werden, die Wartezeit der Beamten müsse abgekürzt werden. Die Dinarerzinsfrage lehnt die Sozialdemokratie nach wie vor ab, das Zentrum hat dieselbe, wie nachher aus der Rede des Reichstagspräsidenten zu erhellen ist, dem Reichstagspräsidenten zur Verfügung gestellt. Der Reichstagspräsident warf der Sozialdemokrat vor, daß er die Beamten gegenüber den Anfordungen des Obersten von Reuter häufig preisgegeben habe. Das bestritt Herr Reuter ganz energisch, es seien aber in der Tat Unregelmäßigkeiten vorgekommen, und daß nicht gelohnt werden könne. Die Sozialdemokratie, die so oft die schwersten Anfordungen der Beamten wegen Verlegung des Postgeheimnisses erhoben habe, habe kein Anrecht darauf, als Stütze der Beamtenhaft aufzutreten. Der Reichstagspräsident hat in der Hauptsache mit der Verwaltung des Staatssekretärs einverstanden, nur verlangt er bessere Telefonverbindungen nach dem Westen, die Einführung von Beamtenbesoldungen, begreift die Einführung der Posttreibbriefe und wünscht ein schnelleres Anpassen an die technischen Fortschritte. Freubeg begrüßt wurde vom Hause die Mitteilung des Staatssekretärs Reuter, daß China sich dem Weltpostverein angeschlossen habe, und deshalb künftig Geschäftsverläufe und Druckarbeiten über die Sibirische Bahn direkt schneller befördert werden würden. Die Einrichtung der Brieftelegraphen werde ausgebaut und soll auf Österreich ausgedehnt werden. Die automatischen Apparate für Briefe werden die Einzelbriefe sehr rasch vermehren. Die Posttreibbriefe sollen bald eingerichtet werden, die unterirdischen Telefonleitungen werden allmählich vermehrt und für die weiblichen Angestellten der Post habe Herr Reuter einige wohlwollende Worte, die von diesen gewöhnlich eifersüchtige Anstellung stellte er ihnen allerdings nicht in Aussicht. Der nationalliberale Abg. v. d. Heideberg ist mit der Postverwaltung im allgemeinen einverstanden, aber er wiederholt doch seinen Wunsch auf Einrichtung des wirtschaftlichen Beirates, damit die Postverwaltung die Fühlung mit dem Verkehrsleben dauernd behalte. Er unterläßt die Forderung auf feste Anstellung der weiblichen Gehilfen, wenn er auch nicht weiß, daß durch dies viele Männer verdrängt werden. Auch er redet der Einführung möglichst vieler automatischer Maschinen das Wort. Unregelmäßigkeiten Lob für die Postverwaltung hatte der konservativere D. v. D. Reuter, der sich auch in der Angelegenheit des Obersten von Reuter ganz auf die Seite des Staatssekretärs stellte und sich im übrigen dahin aussprach, daß die Postverwaltung für die Städte genug getan habe und in Zukunft noch ein etwas mehr berücksichtigtes möge. Am Schluß der heutigen Sitzung erhielt noch der Fortschrittler Kiel das Wort, auf dessen Ausführungen wir morgen noch zurückkommen; er verlangte hauptsächlich eine Berücksichtigung des wachsenden modernen Verkehrs durch die Postverwaltung, die Rücksicht auf den Verkehr müsse den fiskalischen Interessen vorausgehen.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 2. März.) Die Novelle zur Abänderung des Kommunal-Abgabengesetzes wurde unter regem Interesse des Hauses von dem Minister des Innern v. D. v. d. Heideberg dem Reichstag vorgelesen, als eines der besten Gesetze der neueren Zeit lobte, das die Lastenverteilung in den Gemeinden regelt, wenn es auch auf die steigenden Lasten der Gemeinden keinen Einfluß ausüben könnte. In der Lastenverteilung aber, in der Durchführung des Gesetzes, so im Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung und in der Rücksichtnahme auf die Staatsinteressen ist das Gesetz gut und brauchbar, hat bei der Einführung neuer Steuerquellen für die Gemeinden und anderen Reformen könne auf dieser Grundlage weitergearbeitet werden. Eine Ausdehnung der Selbstverwaltung des Fiskus für die Gemeinden und eine Vereinfachung der inneren Verwaltung, das seien die wesentlichsten Reformen. Ingefahr ebenso hörte man es von dem konservativen Herrn v. d. Heideberg, der den übertriebenen Luxus der großen Gemeinden tadelte und sich im Gegenstand zum deutschen Reichspräsidenten die Grundsätze der Beamtenfrage nach dem gemeinen Werte aussprach. Der nationalliberale Dr. Reuter kritisierte auch den Luxus der Gemeinden, den er auf den Verzicht mancher Magistratsbeamten zurückführte. Er verlangte eine bessere Verteilung der Haushaltsmittel und erklärte den Gehaltswort als eine fortschrittliche Grundlage für die Kommunalverwaltung. Ähnliches hörte man vom konservativen Dr. v. d. Heideberg, der sich insbesondere für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der mittleren und kleinen Städte aussprach, für eine wirksame Staatsaufsicht in größerem Umfange — der Gehaltswort erhöht die Steuerzulassungsgrenze, über die hinaus Staatsaufsicht eintritt von 100 auf 150 Proz., und der mit einer kleinen Modifikation gegen den Antrag des Reichspräsidenten Dr. v. d. Heideberg auf den Plan rief, der die Gemeinden vor einem solchen allgemeinen Vormarsch in Schutz nahm. Der ehemalige Oberbürgermeister hielt da unter eifrigem Schmeigeln der Rechten ein recht kundiges und interessantes Kolleg über die Steigerung der Gemeindeaufgaben in den letzten Jahrzehnten, über den Aufschwung an Schulwesen und Hygiene, über die glänzende Leistung des deutschen Bürgerturns in allen Kulturfragen. Der freikonservative Dr. v. d. Heideberg sieht in der falschen Bodenpolitik der Gemeinden die Ursache der großen Steuerbelastung und wendet sich gegen allzuviel Privatunternehmungen unserer Städte, wie zum Beispiel den Universitätsplan in Frankfurt a. M. Gegen diesen Wunsch der Vereinfachung einer Selbstverwaltung, wie auch gegen die Angriffe auf die Sozialpolitik unserer Kommunen, auf die Schulpolitik und die Armenfürsorge, wendet sich in temperamentvollen Ausführungen der Fortschrittler Dr. v. d. Heideberg. Er widerpricht der Tendenz der Redner des Zentrums und der Konservativen, auch bei dem Gesetz agrarische Interessen in der Betrachtung zu berücksichtigen, er wendet sich auf Grund seiner großen kommunalen Erfahrungen über die Aufgaben der Gemeinden in der Wohnungspolitik und der Hygiene. Die Volkspartei verlangt eine ausreichende Heranziehung des Fiskus zur Gewerbesteuer. Sie ist grundsätzlich für eine Befreiung nach dem gemeinen Wert, aber mit entsprechenden Einschränkungen für die landwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung eines Grundbesitzes. Mit Energie nahm sich der Ehrenbürger Berlins dabei des viel angegriffenen „Kaiserpostens“ Berlin an und überhaupt des Rechtes der städtischen Selbstverwaltung, das vorübergriffen der Staatsaufsicht gekürzt werden müsse. Danach verlangte der Sozialdemokrat Reuter eine stärkere Armenunterstützung der Gemeinden und dafür eine Befreiung der

der Reichstagspräsidenten zur Verfügung gestellt. Der Reichstagspräsident warf der Sozialdemokrat vor, daß er die Beamten gegenüber den Anfordungen des Obersten von Reuter häufig preisgegeben habe. Das bestritt Herr Reuter ganz energisch, es seien aber in der Tat Unregelmäßigkeiten vorgekommen, und daß nicht gelohnt werden könne. Die Sozialdemokratie, die so oft die schwersten Anfordungen der Beamten wegen Verlegung des Postgeheimnisses erhoben habe, habe kein Anrecht darauf, als Stütze der Beamtenhaft aufzutreten. Der Reichstagspräsident hat in der Hauptsache mit der Verwaltung des Staatssekretärs einverstanden, nur verlangt er bessere Telefonverbindungen nach dem Westen, die Einführung von Beamtenbesoldungen, begreift die Einführung der Posttreibbriefe und wünscht ein schnelleres Anpassen an die technischen Fortschritte. Freubeg begrüßt wurde vom Hause die Mitteilung des Staatssekretärs Reuter, daß China sich dem Weltpostverein angeschlossen habe, und deshalb künftig Geschäftsverläufe und Druckarbeiten über die Sibirische Bahn direkt schneller befördert werden würden. Die Einrichtung der Brieftelegraphen werde ausgebaut und soll auf Österreich ausgedehnt werden. Die automatischen Apparate für Briefe werden die Einzelbriefe sehr rasch vermehren. Die Posttreibbriefe sollen bald eingerichtet werden, die unterirdischen Telefonleitungen werden allmählich vermehrt und für die weiblichen Angestellten der Post habe Herr Reuter einige wohlwollende Worte, die von diesen gewöhnlich eifersüchtige Anstellung stellte er ihnen allerdings nicht in Aussicht. Der nationalliberale Abg. v. d. Heideberg ist mit der Postverwaltung im allgemeinen einverstanden, aber er wiederholt doch seinen Wunsch auf Einrichtung des wirtschaftlichen Beirates, damit die Postverwaltung die Fühlung mit dem Verkehrsleben dauernd behalte. Er unterläßt die Forderung auf feste Anstellung der weiblichen Gehilfen, wenn er auch nicht weiß, daß durch dies viele Männer verdrängt werden. Auch er redet der Einführung möglichst vieler automatischer Maschinen das Wort. Unregelmäßigkeiten Lob für die Postverwaltung hatte der konservativere D. v. D. Reuter, der sich auch in der Angelegenheit des Obersten von Reuter ganz auf die Seite des Staatssekretärs stellte und sich im übrigen dahin aussprach, daß die Postverwaltung für die Städte genug getan habe und in Zukunft noch ein etwas mehr berücksichtigtes möge. Am Schluß der heutigen Sitzung erhielt noch der Fortschrittler Kiel das Wort, auf dessen Ausführungen wir morgen noch zurückkommen; er verlangte hauptsächlich eine Berücksichtigung des wachsenden modernen Verkehrs durch die Postverwaltung, die Rücksicht auf den Verkehr müsse den fiskalischen Interessen vorausgehen.

Einige nachträgliche Notizen zum Rückzuge der Franzosen auf der Straße Leipzig — Freiburg a. N. im Oktober 1813.

Der Rückzug der Franzosen nach der Weichselstraße bei Leipzig begann bereits am 18. Oktober und zwar auf der einzigen Straßenlinie Leipzig—Marschwitz—Lützen—Weißfels—Freiburg a. N. Unstrut—Geitzberg, zunächst bis Erfurt. Wenig später im Geitztal bei Merseburg von sehr alten Leuten behauptet wurde, ein Teil der Franzosen, sogar das Geschwader, habe damals den Rückweg über Merseburg nach Freiburg a. N. bewirkt, so ist das ein Irrtum gewesen. Französische Marschbefehle enthalten nichts darüber. Auch das jetzt veröffentlichte Tagebuch eines Merseburger Einwohners, der an den ersten Oktobertagen des Jahres 1813 täglich, fast stündlich genau notiert hat, läßt nicht einmal die Vermutung zu, daß alle diese französischen Detachements auf eigene Faust hin bei Merseburg den Übergang über die Saale gesucht und gefunden hätten. Das Gros der Franzosen kampierte in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober bei Lützen, Napoleon mit der Garde verdrachte bei Marschwitz die Nacht, das übrige lagerte bei Finstern. Der Merseburger Tagesspiegel sagt, dass damals am 19. Oktober, dieser Abend, als es dunkel wurde, war die Gegend um Lützen herum wie illuminiert von den französischen Nachzügeln; auch sah man nach Mühlhamsdorf zu ein leuchtendes großes Feuer, welches den ganzen Himmel tötete. Am Abend des 19. Oktober wurde die Ummantelung bereits durch die Verbündeten den Franzosen, die einen Handbreit auf diese Stadt in Sachsen gefest hatten, nachgenommen, am 20. sah in R. d. N. schon ein österreichisches Truppendetachement ein. Den Franzosen, die sich übrigens nach Auslagen von Augenzeugen in geschlossenen, fast geraden Kolonnen durch die Dörfer bewegten und sich in keinem Falle für Besiegt zu halten schienen, war also der Weg von Weißfels aus über Aumburg—Köfen nach Geitzberg schon zeitig verlegt. Ja, die in Köfen eingekesselte österreichische Truppenmacht hat es sogar u. a. noch fertig gebracht, die ersten, am 21. Oktober unter Führung des Generals Bertrand von Freiburg aus in der Richtung auf Geitzberg zu aufbrechenden Franzosen auf ihrem Marsche zu beschließen. Freilich gelang diese Operation nicht, die Österreicher wurden logen zu zerdrückt und über die Saalebrücke weg auf das rechte Saaleufer geworfen. Um diese Saalebrücke ist lange heftig getritten worden; noch heute sieht man an einem Hause, das unmittelbar vor der Brücke linksaalseitig steht, die erhaltenen Spuren von den Geschossen, die es damals zerstörte. Der Abzug der Franzosen von Leipzig wurde furchtbar gehemmt durch das viele Kriegsgeschütz, mit Kanonen und Verwundeten angefüllt und mit Proviant und Kriegsmaterial beladen, welches Fußwerk mitgeschleppt und besonders bewacht werden mußte. Und auf die schmalen Wege erwachten ganz besonders Kanonen und Artillerie den zu Fuß marschierenden Kolonnen die Möglichkeit, nicht ausweichen zu können. Grade über das viele mitgeführte Fußwerk ist von den französischen Soldaten sehr geklagt worden; Mühseligkeit über Mühseligkeit kamen im Wagenbetriebe vor, bald brach ein Rad, bald eine Deichsel, oder ein Schrittel hatte sich zerbrochen. Wunders wegen bis am Wege liegen, seine Bedienung verließ ihn, wenn er nicht mehr fortbewegt werden konnte. Früher wurde allen Entrees erlaubt, daß gelegentlich dieses Rückzuges unweit Dürrenberg nördlich ein französischer Kriegsaltenwagen von Reitern vollständig ausgeplündert worden sei; wer aber

welche es getan, sei indessen nie herausgefunden. Ist diese Sache wirklich geschehen, so hat je wenigstens nie ein Nachspiel gehabt, ganz im Gegensatz zu gleichartigen Ereignissen bei Königsberg in Preußen und bei Siegen, wo auch in der Franzosenzeit französische Kriegsalten von Reitern unterbrochen wurden. Die französischen Kriegsalten aber Preußen beim Friedensschluß sich auf die Kriegsaltenentschädigung anrechnen lassen müssen und hinterher haben die Stadtkommunen Königsberg und Siegen die Last aufzulegen erhalten, im Laufe vieler Jahre dem Staatsfiskus Preußen diesen Ausfall in Form einer Verrentung auf Heller und Pfennig zu ersetzen. Zwei Tage lang haben französische Kolonnen linksaalseitig in und neben den sog. Weinbergen bei Weißfels a. Saale bivouakiert. Erst die Blücher'schen Kolonnen trieben vom Klemberg aus am 21. Oktober den westlichen Feind dazu, die Lagerstellen für immer zu verlassen. Ein Überbleibsel aus jener Zeit, die sog. alte Wundliche Scheune am Verrenkshofe, zeigt noch heute aber jetzt wenigstens bis vor kurzem nach die Spuren von der Wirkung dieser Blücher'schen Kanonen. Wo die ehemaligen Weinberge waren, ist heute der Güterbahnhof Weißfels. Bei den verbleibenden Umbauten derselben ist recht viel altes frühäussisches und preussisches Klinkelblech gefunden worden, offenbar aus den Franzosenzeit. Die Reste der Soldatentruppe, die meistens dort gelagert hatte, bekanntlich haben die Franzosen nach Überführung der Saale die ehemalige hölzerne Brücke der Stadt Weißfels hinter sich abgebrannt. Feldmarschall Blücher war ihnen sehr auf dem Raden, anderseits machte sich auch auf dem linken Saaleufer die Avantgarde des Vorhinesen Korps (bis zum 19. Oktober) auf. Das Weichen der letzten Franzosen vom rechten auf das linke Saaleufer bei Weißfels muß daher sehr überstürzt gewesen sein, denn man hatte offenbar keine Zeit mehr gefunden, ein Detachement, welches einen stillen Brückentopf gegen die anmarschierenden Preußen bilden sollte und welche, rechtzeitig zurückgehen und mit über die Brücke zum Feinde zu können. Am Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ließ man nämlich in dem zum Kirchspiele Weißfels gehörigen und rechts der Saale gelegenen Dörflein Weißitz bei Aufschlagsarbeiten für einen Neubau unentgeltlich und in nicht zu tiefer Erde auf Knospengründe, die neben und übereinander in mehrfachen Reihen geordnet lagen. Anfangs wurde vermutet, daß man auf einen ehemaligen Klosterriedhof gestoßen sei, bis sich ein Jahr später, fast an die neunzig Jahre hinreichender Dörfelbewohner meldete und noch genau angab, daß es sich im vorliegenden Falle um die Reste von Leichen gestellter französischer Krieger aus den verhängnisvollen Tagen des besetzten Brückenüberganges bei Weißfels im Jahre 1813 handelte. Ein Busch, das dem Schreiber dieses kürzlich in die Hände gefallen, schildert genau durch einen Augenzeugen den Verlauf der Zeit vom 19. auf den 20. Oktober 1813 für die Stadt Weißfels. Herausgegeben von C. von Martens unter dem Titel „Die neunzig Jahre im Fuß der Saale“ hat das Buch die nächste Beschreibung. Ein Besuch meines Freiburg'schen in Sachsen 1813. Der Verfasser war württembergischer Offizier, er berichtet über die Vorgänge in Weißfels selbst innerhalb der ersten vierundzwanzig Rückzugstagen, denen allerdings noch schlimmere für die Stadt bis zum 21. Oktober folgten. Erst, als die Saalebrücke in Flammen aufgingen, war in Weißfels Ruhe vor den Franzosen. Die Verbündeten waren dem Feinde auf den Hacken und stießen sich scharf an dessen Knie. Wenn wir dem württembergischen Erzähler folgen, so würde schon im Laufe des 18. Oktobers seitens Napoleons

der Marschall Bertrand beauftragt, mit seinem Korps, dem vierten französischen, das nur noch 15000 Krieger stark war und zu dessen Nachhut auf der Verfasser des Buches zählte, von Leipzig sofort aufzubrechen, um für einen eventuellen Geländetrug den Saaleübergang in Weichfels bei Jützen zu sichern und die Weichsel bis dahin von den Österreichern der Besetzung zu verhindern. Alles, was von Kanonen und Verwundeten eben noch laufen und etwas Hettern konnte, warf sich in Leipzig auf die mitgehenden Bagagewagen. Am Mitternacht kam das Korps bei Lützen an, wo es abtrotzte und zwar dicht am sog. Wundliche Scheune. Am 17. April des letzten Jahres hätten die drei französischen Korps, die bei dieser Gelegenheit pietätlos die drei Pappeln gefällt, die den Stein bis dahin geziert. Früh am Morgen des 19. Oktober kam das Korps vor Weißfels an, wo es vor der Hand auf einer Anhöhe lagerte. Diese Anhöhe muß wohl die Hochfläche an der alten Weichselstraße gewesen sein. Nach einiger Ruhe wurde abgetrotzt, dann wieder aufgedreht und das ganze französische vierte Korps marschierte nun durch Weißfels, überschritt die Saale und bezog linksaalseitig, also in den Weinbergen, ein Bivouac. Von der Stadt erlaubt der Verfasser, daß noch einige Stunden vor der Ankunft der ersten, retirierenden Franzosen, Truppen der Verbündeten darin gewesen seien. Die Stadt blieb ganz ausgehört ausgehoben. Viele Einwohner hatten sich geflüchtet, manche sich in die hintersten Hausräume zurückgezogen. Einzelne französische Soldaten suchten die Häuser nach Nahrung ab und scheuten sich vor dem Plündern nicht, die verwundeten Franzosen suchten, in Häusern warme Geflüchteten zu bekommen. Neben Augenbild hatte der Verber auf der Saalebrücke, weil das viele Kriegsgeschütz nicht schnell genug hindurchkommen konnte. Verwundet wurde zur Ordnunghaltung im Verber auf die Brücke kommandiert, war aber ganz machtlos gegen die aufstrebende Ägelligkeit und Willkür der Geschützröhren, worüber ihn drei französische Kanalliere-Offiziere, die in einer Wirtshaus nahe der Brücke gemütlich schmaukten und trauten, mit den Worten zu trösten luden: „Krieg ist eben Krieg und da würde man nicht alles so genau nehmen müssen.“ Am 20. Oktober brach General Bertrand aus dem Bivouac bei Weißfels auf und gelangte bald über Marschwitz nach Freiburg a. N., wo die dicht bei der Stadt aufgehängte Brücke über die Unstrut zur Not erst wieder hergestellt werden mußte, weil Österreicher, von Köfen aus vorgedrungen, diese Brücke arg mitgenommen hatten. Außer dieser Brücke ist noch eine zweite Brücke oberhalb als Übergang über den Fluß von der zurückweichenden französischen Armee benutzt worden. Auch hat es beim Übergange des Gros des vierten Korps über die Weichsel, über die Brücke bei Lützen, im Jahre 1813, in die Hände des Vorhinesen Korps, konnte also französischerseits nicht benutzt werden. Schon am Abend des 20. Oktober soll nach Angabe des Verfägers Napoleon für seine Person in Freiburg angekommen sein, was aber nicht stimmt; denn Napoleon trat erst am 2. Oktober früh 6 Uhr über Weichfels kommend, in Unstrut ein. Jedenfalls hat sich Napoleon sehr um die Erhaltung der soeben an Unstrutbrücke gestimmten, schmargelichte auch noch sehr mit den nachrückenden Preußen herum und erst bei Anbruch der Dunkelheit hatte er seine gesamte Armee auf das rechte Unstrutufer gebracht, um nunmehr über Geitzberg nach Freiburg a. N. zu ziehen. Die Ordnung in den Gliedern und Kolonnen ließ von nun ab zu wünschen übrig, nur der Geist Napoleons hielt alles zusammen.

Correspondent.

Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Bei Abholung von unsern Ausgabestellen; bei Bestellung ins Haus durch unsern Wandhändler in
der Gasse und auf dem Saale außerdem Beizahlung; durch die Post 1.20 Mk. vorher 42 Pf.
Beizahlung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 4 mal vor an den Sonntagen ausgenommen.
— Abdruck unserer Originalmitteilungen ist nur mit bestellter Zustimmungsgebühr gestattet.
— Die Abzüge unvollständiger Stellenungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
3seitig illustr. Unterhaltungsblatt
n. neuest. Romanen und Novellen.
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oberer Randes für 10 Zeilen und 10
Wochen 10 Pf., für die folgenden 25 Pf., nachherige zur Hälfte
20 Pf., im Restantenteil 40 Pf. Bei komplizierten Anzeigen entsprechend mehr.
Für Wiederholungen nach Vereinbarung. Für Nachdrucke nach Vereinbarung.
Besondere Berechnung nach Abmachung mit dem Verleger. —
— Anzeigen für größere Geschäfts-Anzeigen, die an 10 Zeilen
— 25 Wochen für 10 Pf., 25 Wochen für 10 Pf., 25 Wochen für 10 Pf.

Nr 53.

Mittwoch den 4. März 1914.

40. Jahrg.

Auch eine Antwort.

Von Dr. Wendorf-Tsch, M. d. R.

Le. Wie seinerzeit berichtet, hatten die fortgeschrittenen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Schulze-Gäbenitz und Zieger eine kurze Anfrage gestellt, die die Ergänzung der Veröffentlichung des kaiserlichen Statistisches Amtes „Die deutsche Landwirtschaft“ auf einige wichtige Fragen anzuregen bestimmt war. Nämlich ist die erbetene schriftliche Antwort vom Stellvertreter des Reichsanwalters, Unterstaatssekretär Dr. Richter, erteilt worden — eine Antwort, die weder dem Inhalt noch der Form nach als befriedigend bezeichnet werden kann. Daß sie eine abnehmende ist, kann nach der bekannten Stellungnahme des Bundesrats nicht verwundern, der auch die früheren Anträge der Volkspartei, die sich in ähnlicher Richtung bewegen, abgelehnt hat und dem Beschluß des Reichstages auf reichsgesetzliches Verbot der Gründung und Vermehrung der Fideikommiss nicht beigetreten ist.

Die Ablehnung wird allgemein damit begründet, daß die Befragung der Anfrage eine Erfassung völlig neuer Gegenstände und die Übernahme einzelstaatlicher Statistiken auf das Reich zur Voraussetzung habe. Aber gerade diese Erweiterung der Reichstatistik war der hauptsächlichste Gegenstand der Anfrage, und es ist nicht einzusehen, warum eine solche nicht ebenso gut wie die berührten Gegenstände möglich sein sollte, wie z. B. die Umschreibung der Reichstatistik auf die Statistik der Wohnungen u. a.

Zu einzelnen war angefragt, ob nicht eine Statistik über Vorhandensein und Umfang von Fideikommiss im Reich gegeben werden könne. Es wird dies abgelehnt, weil „nicht alle Bundesstaaten die erforderlichen Unterlagen bawend zu liefern imstande sind“ — danach scheint doch die dringende notwendige Forderung des gegenwärtigen Zustandes durchaus möglich; diese Befragung würde zurzeit dem Zwecke der Anfrage genügt haben, und man kann sich dem Eindruck nicht verschließen, daß der Herr Reichsanwalt — vielleicht aus Rücksichten, die er als preussischer Ministerpräsident auf den neuen Fideikommiss-Gesetzentwurf und auf die Mehrheitsverhältnisse des Abgeordnetenhauses nehmen zu müssen glaubt — dieses Material nicht veröffentlicht will. Denn inwiefern der weitere Grund sachhaltig sein soll ist noch weniger ersichtlich der Grund nämlich

durchgeführt werden, zu deren Ausfüllung eine Verpflichtung nicht bestehe. Als ob dasselbe nicht für ungezählte andere Erhebungen zuträfe, z. B. für die verdienstlichen Statistiken über die Lage handwerklicher Betriebe, die aber erfreulicherweise deshalb nicht unterlassen sind.

Die Ablehnung sagt aber materiell zu dieser Frage: „Abgesehen davon steht die Wichtigkeit und Zuverlässigkeit des Ergebnisses einer solchen Erhebung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Schwierigkeiten und den Kosten der Durchführung.“ Das ist allerdings der Stoppel! Als ob nicht gerade diese Ergebnisse von einschneidender Bedeutung wären für die Bewertung des Interesses, das die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Art und ihrer Größe nach an der Ausgestaltung und der Höhe der Schutzgölle haben, als ob sie nicht wesentlich wären für die Gestaltung der künftigen Handelsverträge! Gerade in gegenwärtigen Augenblicken könnten die Ergebnisse dieser Erhebungen eine bedeutungsvolle Antwort auf die Frage erteilen, ob mit der Erhaltung unseres Schutzsystems tatsächlich unsere Landwirtschaft leidet oder fällt, wie der Bund der Landwirte behauptet, oder ob nicht vielmehr weitestehende der Landwirtschaft keinen Vorteil, ja unmittelbaren Schaden von den Getreidegölle haben, wie dies z. B. durch eine ähnliche Erhebung für Baden erwiesen ist.

Die Antwort ist ebenso bezeichnend wie bezeichnend. Die häuerlichen und kleinhäuerlichen Landwirte, die Arbeiter und alle Konjunkturten können daraus entnehmen, daß eine Erhebung nicht gemacht werden soll, von der agrarische Kreise eine Weiterbildung ihrer Anschauungen befrüchten mögen. Auch für diese Antwort gilt das Wort: Du brauchst der Worte viel, um zu verjagen, der andere hört aus allem nur das Nein!

Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kommunalabgabengesetzes

beschäftigte sich am Montag das preussische Abgeordnetenhaus in erster Lesung. Der großen Bedeutung der Vorlage entsprach keineswegs das Interesse, das das hohe Haus den Verhandlungen entgegenbrachte. Die Bänke waren sehr dünn besetzt und die Anteilnahme der Herren namentlich auf der rechten Seite des Hauses gering. Auch schien es, als ob der Minister v. Dallwitz dem Entwurf mit seinen für die Städte in manchen Beziehungen entgegenkommenden Bestimmungen mit einer gewissen Reserviertheit gegenübersteht; seine Begründung der Vorlage war kurz und geschäftsmäßig und ging kaum über das hinaus, was man schon aus den gedruckten Mitteilungen künfte. Anders der Herr Finanzminister Dr. Venkel. Man merkte es ihm wieder einmal an, daß er doch aus der Kommunalpolitik herkommt, und sein altes Oberbürgermeistererbe machte sich geltend, als er mit klaren und warmen Worten die Bedeutung der Städte auf dem Gebiete der Förderung kultureller, hygienischer und wirtschaftlicher Aufgaben darstellte und die Kommunen gegen die Vorwürfe in Schutz nahm, daß sie sich in finanzieller Beziehung vielfach übernommen hätten. Mit vollem Recht konstatierte der Minister, daß der preussische Staat nicht so weit wäre, wie er ist, wenn nicht die Städte in mannigfacher Beziehung so außerordentlich viel geleistet hätten. Und er machte auch zureichend darauf aufmerksam, daß der Staat selbst zum Teil mit Schuld daran sei, daß die Städte so außerordentliche Mehraufwendungen an finanziellen Mitteln in den letzten Jahren benötigt haben, beispielsweise der staatlichen Erhöhung der Beamtenbeholdungen mußten die Städte folgen. Der Minister pendelte den Städten Dank, daß sie in so hohem Maße Trägen sozialer Erzeugnisse und Förderer der Kultur geworden seien. Und wenn er auch die Notwendigkeit der Staatsaufsicht betonte, so wandte er sich doch gleichzeitig gegen ein Urteil, welches und Lieb erkennen, daß den Städten gern eine größere latitude nach dieser Richtung hin gewährt werden könne. Es ist ordentlich wohl, vom Ministerliche aus einmal derartige Worte der Anerkennung für die soziale, gemeinnützige und das ganze Staatsweilen fördernde Tätigkeit der Städte zu hören. Und man wird sich an die Worte des Ministers erinnern dürfen, wenn draußen in der Provinz wieder einmal — oder auch im Saale an der Brinn Albrechtstraße selbst — in absperrender Weise über die Bestimmungen der Städte, insbesondere der Großstädte, gesprochen wird. Den Konventionellen scheinen ja heute auch die Worte des Ministers sehr wenig in den Kram zu passen. Eine ihrer Hauptwaffen im Kampfe gegen den Liberalismus draußen im Lande ist ja annehmlich schlechte Verwaltungen der atoken Städte; und da ist es ihnen natürlich ungenau, daß der Finanzminister ihnen diese Waife aus der Hand neh-

schlagen hat. Sie nahmen die Ausführungen des Herrn Dr. Senke mit einem Schweigen auf.

Was dem Gesetzentwurf selbst betrifft, so fand er im Saale eine geteilte Aufnahme; Konervative und Zentrum scheinen ihm nicht allzu viel Geldmad abzugeben, namentlich der erbetenen Partei ist die geplante Erweiterung des kommunalen Steuerrechtes und die Umbildung der Staatsaufsicht sehr wenig imwünscht; sie möchten auch bei diesen Geleche am liebsten eine Begrenzung gewisser agrarischer Interessen herausschlagen, und so stimmen sie der Idee, die in der Nähe von Städten gelegenen, landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzten Grundstücke nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert ein für allemal zu bewerten, lebhaft zu. Auf der anderen Seite war es der Hrn. Cappel, der mit seinen Bedenken gegen diese Bestimmung nicht zurückhielt, wenn er auch ohne weiteres anerkannte, daß Grundstücke, die dauernd als Gärten oder zu häuerlichen Erwerbssachen benutzt werden, also ihrem Eigentümer nicht als Spekulationsobjekt, sondern als Erholungsstätte oder als Erwerbsmittel dienen, nicht gut nach dem Bauanwert bewertet werden dürfen. In der Kommission wird die Frage eines gerechten Ausgleichs auf diesem Gebiete ebenfalls zu sehr eindringenden Verhandlungen führen. Im übrigen nahm der Vorsitzende der fortschrittlichen Volkspartei eine abwartende Haltung ein, wobei er allerdings die eifrige Mitarbeit seiner Freunde an dem Werk in Aussicht stellte. Die Bestimmungen des Gesetzes sind, namentlich in ihrer gegenseitigen Auswirkung aufeinander, so kompliziert und vorläufig noch unübersichtlich, daß eine vorsichtige Haltung durchaus angemessen erscheint, insbesondere auch, wenn man an die Zusammenhang des preussischen Landtages denkt, der nur zu gern Verwirrung stiftet, den Städten Fallstricke zu legen, wenn es irgend angeht. Die fortschrittliche Volkspartei wird bei der Beratung des Gesetzes ihr Hauptaugenmerk darauf richten müssen, das eine Entlastung der Kommunen und eine Erleichterung der Staatsaufsicht einzutreten. Denn es ist richtig, was Cappel sagte: die Kommunen sind, namentlich in der Zeit der letzten Monate verfallen.

Sachsen und die Vermögenszuwachssteuer.

Der sächsische Finanzminister von Seydewitz hat dieser Tage in der Zweiten Kammer bei der Beratung des Statistisches „Sachsen Vertretung im Bundesrat“ u. a. erklärt: Die Regierung muß den Gedanken ablehnen, daß sie aus Rücksichtnahme auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten der Wehrvorlage Schwierigkeiten gemacht hätte. Die Reichserbvertragssteuer wurde von der Regierung nicht als ein so erhebliches Übel angesehen; denn sie ist eine indirekte Steuer, und mit ihr hätten sich die Einzelstaaten abgefunden. Aber die Vermögenszuwachssteuer ist eine direkte Steuer, sie bedeutet ein schwereres Eingriff des Reichs in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Bei den indirekten Steuern sind wir noch keineswegs an der Grenze der Möglichkeit angelangt, es gibt noch eine Anzahl entbehrlicher Genußmittel, die eine Mehrbelastung recht wohl zu übertragen könnten. In dem Maße, in dem die Einzelstaaten an direkten Steuern verlieren, verlieren auch die einzelstaatlichen Parlamente an Einfluß und Bedeutung. Um die günstige Ausgestaltung der Handelsverträge ist die Regierung ernstlich bezeugt. Sie wird Gelegenheit nehmen, vor Abschluß der Handelsverträge die Interessenten im Lande zu hören. An der bewährten Schutzpolitik wird die Regierung nach wie vor unbedingt festhalten.

Herr v. Seydewitz hat den Agrariern, wie die „Fr. Ztg.“ bemerkt, mit seinen Ausführungen über die Vermögenszuwachssteuer ein billiges Vergnügen gemacht. Aber diese Vergnügen sind doch recht erheblich dadurch getrübt, daß die Steuer, die Sachsen an Stelle der Vermögenssteuer gern gesehen hätte, die Erbansatzsteuer ist. Man weiß es ja aus der Geschichte der Steuererfolge von 1913, daß gerade die sächsische Regierung den agrarischen Wünschen am schärfsten entgegengetreten ist und die Einführung der Erbschaftsteuer in jeder Weise begünstigt hat. Welchen Zweck nun die späte Kritik an der Vermögenszuwachssteuer dienen soll, ist nicht recht einzusehen. Nach Artikel 9 der Verfassung hat jedes Bundesratsmitglied das Recht, im Reichstage die Ansichten seiner Regierung zu vertreten, auch dann,

